



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgeliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

„Ist es hier nicht famos!“

Nach einer Weile trat Schiffer Rasmussen zu ihm heran. Thorborg war ihm von einem andern entführt worden. Er war betrunken und erzählte dem Pfarrer mit großer Wonne, daß drei Mädchen mannstoll geworden seien, und daß man sie im Holzschuppen habe einschließen müssen, wo sie jetzt von zwei alten Männern bewacht würden! — Ob der Pfarrer Lust habe, sie zu sehen? Dann wolle Jens Rasmussen sich schon Zutritt zum Holzschuppen verschaffen —!

Der Pfarrer mußte schließlich alle seine Bestimmtheit, ja seine Leibeskräfte aufbieten, um hinauszugelangen.

Ihm hatte davor gegraut, Thorborg nach dem Geschehenen wiederzusehen. Aber sie kam zum Abendbrot ins Zimmer, — munter und strahlend, erzählte von den drei tollen Mädchen und fragte den Pfarrer, ob es nicht amüsant gewesen sei, dem Tanz zuzusehen — und verschwand dann nach Tische wieder in die Gefindestube.

Herr Willas hatte ausgelassen gelacht, und die Madame hatte nur lächelnd den Kopf geschüttelt.

„Ja, diese Thorborg! diese Thorborg!“

Sie war ihm ein Rätsel. Und er grübelte oft über ihr Wesen nach, das eigenartig fremd und fesselnd war. Wenn er allein war, geschah es wohl, daß er in Gedanken von ihrem starken Blick und ihrer wunderbar dunklen Stimme verfolgt wurde, die so sanft in ihren tiefen Tönen war. Und die er doch so gellend, abstoßend häßlich gehört hatte.

(Fortsetzung folg.t)



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 19. Februar 1910.

(Die Wahlrechtsvorlage in der Kommission. Herr v. Bethmann im Landwirtschaftsrat. Bollfrieden mit Kanada. Nationalliberale Interpellation.)

Die Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses hat ihre Arbeit begonnen. Dabei wird sich wohl sehr bald herausstellen, ob die Wahlreform (auch in dem bescheidenen Umfange, den die Regierungsvorlage vorsieht, irgendwelche Aussichten hat. Neuerdings scheint sich die Wahrscheinlichkeit zu verstärken, daß die Vorlage überhaupt scheitert. Die Konservativen haben überhaupt kein Interesse daran, daß etwas zustande kommt. Allerdings würden sie wohl der Staatsregierung gegenüber ungenügend die Verantwortung für das Scheitern der Reform übernehmen; wenn ihnen jedoch dieses Odium abgenommen wird, so würden sie herzlich froh sein, daß aus der ganzen Sache nichts wird. Sie hätten dann sogar den Vorteil, daß sie darauf hinweisen könnten, wie sie entgegen ihren Prinzipien und ihrem Parteinutzen bereit gewesen seien, Zugeständnisse im Interesse des Ganzen zu machen;

wenn freilich andre sich auf den Standpunkt des „Alles oder nichts“ stellen, dann — das bedauernde Achselzucken kann man sich hinzudenken. Die Freikonservativen würden im Staatsinteresse gern soweit vermitteln, daß ein bescheidener Fortschritt erreicht werden könnte, aber schließlich werden sie dieser Vorlage keine Träne nachweinen. In der nationalliberalen Partei sind zwar einige einflußreiche Parlamentarier bereit, sich mit den Konservativen und Freikonservativen über ein positives Ergebnis zu verständigen, aber in der Gesamtheit der Partei gewinnt von Tag zu Tag die Meinung die Oberhand, daß die Vorteile, die vielleicht durch die Reform erreicht werden könnten, zu teuer erkauft seien mit dem Verlust an Ansehen und politischem Kredit, wodurch wichtige Kreise des Bürgertums für eine so entgegenkommende Haltung der Nationalliberalen voraussichtlich gestraft werden würden. Das Zentrum sieht den Wahlreformbestrebungen innerlich vollkommen gleichgültig gegenüber. Für diese Partei kommt es weniger darauf an, daß wirklich etwas erreicht wird, als daß sie volkstümliche Forderungen vertritt, gleichviel ob etwas dabei herauskommt oder nicht. Für die Freisinnigen und Sozialdemokraten ist die gebotene Reform überhaupt unannehmbar. Bei der so geschilberten Stellungnahme der Parteien darf man sich also keinen besondern Hoffnungen hingeben. Die Beratungen der Kommission haben die Ablehnung des gleichen Wahlrechts, also die Beibehaltung der Klasseneinteilung ergeben, aber es ist auch schon zu Anfang ein Antrag auf Einführung der geheimen Wahl angenommen worden. Nun kann man aus der Abstimmung der Kommission nicht ohne weiteres auf die des Plenums schließen, aber wenn die gesamte Linke und das Zentrum an der geheimen Wahl festhalten, was neuerdings nach dem soeben hier Dargelegten immer wahrscheinlicher wird, so ist die Vorlage tatsächlich gescheitert. Denn bei der in diesem Punkte vollständig unabänderlichen Stellungnahme von Regierung und Herrenhaus sind die Bestrebungen zur Einführung des geheimen Wahlrechts bei Gelegenheit der gegenwärtigen Vorlage tatsächlich aussichtslos. Dieser Erwägung gegenüber hat es verhältnismäßig wenig zu bedeuten, daß die §§ 8 bis 10 der Vorlage mit samt allen Abänderungsanträgen in der Kommission glatt abgelehnt worden sind. Es sind die Bestimmungen über die Zuteilung von Wählern zu höheren Klassen, als sie ihren Steuerleistungen nach angehören müßten.

Aber die Frage, was vorzuziehen ist: — die Annahme der Fortschritte in der Gestaltung des Wahlrechts, die jetzt zu erreichen sind, oder die Herbeiführung des Scheiterns einer Vorlage, deren Zugeständnisse nach der Ansicht gewichtiger Volkskreise durch verhängnisvolle Nebenwirkungen aufgewogen werden, die also vielleicht mehr Nachteile als Vorteile bringt, — über diese Frage wird man beim objektiven Abwägen der vorhandenen Meinungen und Stimmungen jetzt noch mit großer Zurückhaltung urteilen müssen. Man kann es den Nationalliberalen nicht verdenken, daß sie auf jede Gefahr hin fest bei ihrem Programm bleiben wollen, nicht aus Mangel an Opferwilligkeit, sondern weil sie glauben, mit ihrem Anschluß nach rechts gerade die Geschäfte des politischen Radikalismus zu besorgen. Dem kann man freilich auch den Einwand entgegenhalten, daß die Schwäche des heutigen Liberalismus zu sehr die Folge früherer Sünden und verpaßter Gelegenheiten ist, als daß sie durch die Haltung in dieser einen Frage wesentlich beeinflusst werden könnte, und daß die Liberalen, wenn die Vorlage scheitert, auch gerade den Konservativen manchen Trumpf in die Hand geben. Jedenfalls deckt die ganze Lage den Kardinalfehler auf, der von der Staatsregierung mit der Vorlegung dieses Entwurfs begangen worden ist. Seit Bismarck von den „Unponderabilien“ gesprochen hat, die in der Politik berücksichtigt werden müssen, ist dieser Ausdruck so oft gebraucht worden, daß man sich fast scheut, ihn gleich-

falls anzuwenden. Aber es scheint doch recht notwendig, daß man auf die von dem großen Staatsmann erteilte Lehre immer wieder zurückkommt. Wenn der Eindruck, daß die Wahlrechtsvorlage dieses Moment recht wenig beachtet hat, schon bei der Veröffentlichung des Entwurfs entstehen mußte, so hat die Einführungsrede des Ministerpräsidenten diesen Eindruck bedeutend vertieft. Das ergab sich aus dem sehr nachdrücklichen Hinweis darauf, daß die Sehnsucht nach einer Verbesserung des Wahlrechts in Preußen nach dem Charakter der bestehenden Zustände gar keinen rechten Grund habe. Der preußische Staatsbürger habe ja doch tatsächlich alle Rechte, die er in einem geordneten Staatswesen füglich verlangen könne, und jeden Einfluß auf das Gemeinwohl, der mit dem Interesse der Allgemeinheit vereinbar sei. Dieser Grundgedanke der Rede trat recht stark hervor. Aber daraus folgt noch nicht, daß die Einrichtungen des Wahlsystems dem eigensten Rechtsbedürfnis und Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechen. Eine Parallele drängt sich auf in den Fragen der Sozialreform, die die neunziger Jahre des verfloffenen Jahrhunderts bewegten. Auch damals glaubten viele die Rechtsfragen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu erschöpfen, wenn sie nachwiesen, daß die Arbeitgeber gewissenhafte und fürsorgliche Herren ihrer Angestellten im Sinne ihres materiellen Wohls waren. Daß ein Mensch es vorziehen kann, materiell schlechter gestellt zu sein, wenn er nur gewisse Rechte und Freiheiten anerkannt sieht, schien vielen damals unbegreiflich. Herr v. Bethmann Hollweg soll es unvergessen sein, daß er als Staatssekretär des Innern gleich seinem Vorgänger Grafen Posadowsky gerade diese Fragen mit tiefgründiger Sachkenntnis und sorgsam wägender Gerechtigkeit erörtert hat. Auch bei der Wahlrechtsvorlage aber spielt das in der Phantastie wurzelnde Rechtsempfinden gegenüber dem trocknen, verstandesmäßigen Nachweis, daß alles zum besten bestellt sei, eine berechnete Rolle. Es wird immer vergeblich sein, der aus unmittelbaren Eindrücken und realen Erfahrungen geschöpften Vorstellung des geringen Mannes, daß er bei diesem Wahlsystem von vornherein überstimmt und unterdrückt sei, mit statistischen Nachweisen zu begegnen. Wäre es nun wirklich so bedenklich gewesen, diesen — gut! sagen wir: — Vorurteilen der Volksmeinung weiter entgegenzukommen, als es in dem vorgelegten Entwurf geschehen ist? Wir glauben, es hätte hier sehr viel mehr geschehen können, ohne daß von einer wirklichen Demokratisierung des Wahlrechts die Rede zu sein brauchte. Ein genügend fester Wille der Regierung, eine starke Initiative und eine geschickte Vorbereitung der öffentlichen Meinung in der Weise, wie das in einem modernen, zivilisierten Staat heutzutage nun einmal geschehen muß, hätte einer wirklich über den Parteien stehenden Regierung eine sichere Mehrheit im Abgeordnetenhaus verschafft, und unter diesen Voraussetzungen hätte sich auch das Herrenhaus — das trotz allen radikalen Schimpfereien und Spöttereien in entscheidenden Fragen immer über eine, wenn auch knappe, Mehrheit von besonnenen, weitblickenden und staatsmännisch veranlagten Männern verfügt — willig gefunden. Die wohltätigen, ausgleichenden, beruhigenden, Vertrauen schaffenden Wirkungen einer solchen Lösung auf alle politischen Fragen und auf die Entwicklung der nächsten Zukunft hätten kaum hoch eingeschätzt werden können. Setzt werden wir wohl auf alle Fälle mit dem Gegenteil rechnen müssen. Wir meinen dabei nicht das ziemlich törichte Spiel mit revolutionären Gedanken, wie es die bürgerliche und soziale Demokratie jetzt liebt. Die Voraussetzungen einer Revolution sind ganz anderer Art. Besonders die Sozialdemokratie schadet sich nur selbst mit Demonstrationen, die der ruhig denkenden Mehrheit unsres Volkes auf die Dauer lächerlich, langweilig oder gar widerwärtig erscheinen. Aber es liegt eine Erschwerung einer gesunden Politik darin, wenn die von Hause

aus gemäßigten Elemente sich mißtrauisch beiseite gedrängt fühlen und aus Temperamentsgründen — nicht einmal aus Überzeugung — in radikale Strömungen geraten. Der Reichskanzler hat in seiner großen Rede uns in dem Punkte durchaus aus der Seele gesprochen, daß er die Überschätzung der Wirkung bestimmter Wahlrichtungen auf ihr rechtes Maß zurückgeführt hat. Es bleibt nun einmal unbestreitbar, daß im preussischen Abgeordnetenhaus immer trotz dem Dreiklassensystem die Richtung die Mehrheit gehabt hat, die tatsächlich die Zeitstimmung beherrschte, und daß so das Haus mit demselben Wahlrecht auch lange Zeit eine liberale Mehrheit gehabt hat. Aber kann man nicht ebenso daraus die Folgerung ziehen, daß man überhaupt bei der Gestaltung des Wahlrechts gar nicht so ängstlich und engherzig zu sein braucht?

In dieser Woche ist Herr v. Bethmann Hollweg dem Beispiel seines Vorgängers gefolgt, indem er bei dem Festmahl des Deutschen Landwirtschaftsrats eine politisch bedeutsame Rede hielt. Er hat damit zum erstenmal seit seiner Ernennung zum Reichskanzler der Öffentlichkeit in etwas freierer Form seine politische Persönlichkeit enthüllt. Nehmen wir's zum guten Zeichen! Man hat den Reichskanzler „welfremd“ und „scheu“ gescholten. Nach allem, was wir von ihm wissen, halten wir dieses Urteil für unzutreffend. Sicherlich ist sein Verhalten das Ergebnis einer sorgfältig durchdachten Überzeugung, die wir freilich für einen Fehler halten. Der moderne Staatsbürger hat ungern den Eindruck, als ob sich der leitende Mann freiwillig zum unpersönlichen Träger eines abstrakten Begriffs — heiße er Staatsautorität, Gesetz oder sonstwie — macht. Glaubt er derartiges zu bemerken, so wird er leicht ungerecht gegen die schätzenswertesten Eigenschaften des Charakters und Geistes, die dahinter stehen. Er will sich ein Bild machen können von dem Menschen von Fleisch und Blut, mit dem er sich innerlich beschäftigen kann, in dessen lebendiger Persönlichkeit sich die Zeitfragen spiegeln. Die reine Korrektheit und Sachlichkeit erweckt in ihm nur den Eindruck, daß trotz Sachkenntnis, Erfahrung und Gedankenreichtum die Verbindung mit den Blutadern fehlt, die das Volksleben in Parlament, Presse und gesellschaftlichen Betätigungen hundertfach durchziehen. Vor diesen Mißdeutungen, die bei dem Charakter des heutigen öffentlichen Lebens leicht zu Hemmungen der Politik werden, fähen wir den Reichskanzler gern bewahrt, und darum hoffen wir, daß er sich auch weiter immer mehr in die Arena zu treten entschließt und, indem ihm die Regungen und Bedürfnisse der Volkseele immer mehr zu einem virtuos beherrschten Instrumente werden, allmählich auch den bösen, mit seinen wahren Anschauungen doch eigentlich nicht zusammenstimmenden Schein vermeidet, der ihm die vorhin angedeutete Beurteilung eingetragen hat.

Es ist übrigens erfreulich, — bei der heutigen kritischen Stimmung doppelt erfreulich, — daß der jetzt glücklich erreichte Zollfrieden mit Kanada als ein Erfolg angesprochen werden kann, der der Festigkeit und Geschicklichkeit unserer Reichsregierung zu danken ist. Die letzten handelspolitischen Aktionen sind zwar in der Tagespresse vielfach unfreundlich kritisiert worden; die näher Eingeweihten wissen trotzdem, daß diese Angelegenheiten gut geleitet worden sind.

Weniger befriedigt hat das Ergebnis der nationalliberalen Interpellation wegen Beamtenmaßregelungen in der Ostmark. Daß die Verständigung aller deutschen Parteien gegenüber den Polen obenansteht, ist ja durchaus zu billigen, und formell ist die Regierung gerechtfertigt aus dieser Sache hervorgegangen. Leider konnte doch der Eindruck nicht verwischt werden, als ob die nationale Einigung gelegentlich als ein zu einfaches und bequemes Mittel dienen müßte, um nichtkonservative Parteien an die Wand zu drücken.

Die letzten Beratungen des Reichstags, der sehr fleißig gearbeitet hat, werden wir wohl demnächst in größerem Zusammenhange besprechen können.

**Der Weg der Kunst.** Die Entwicklung der Kunst geht doch in der Weise vor sich, daß gerade aus den unteren Schichten die ursprünglichen Begabungen kommen. Vielleicht, weil ihnen gerade der Weg nicht leicht gemacht ist, weil das Ringen hier intensiver ist, die Auslese strenger ist, so daß nur die überragende Begabung sich durchsetzt (Lenbach war Maurer, Menzel Lithograph, und diese Beispiele ließen sich vermehren). Alle Kunst stammt zum großen Teil von unten; nicht nur die Kunst, auch die Dichtung. Das Talent hat nicht viel zu verlieren; dagegen locken die Möglichkeiten. Und die Beziehung zur Umwelt, zur Natur, zur Gesellschaft, zu dem, was im Innern lebt und ringt, unmittelbarer ist. Daher beginnt die Kraft eigentlich immer von neuem. Solche Menschen haben auch in den gewöhnlichen Stellungen und Berufen, die ihnen ihr Lebensumkreis bietet, zu kämpfen. Die Kunst, die ihnen ferner liegt, lockt sie desto mehr. Sie zeigt ihnen die Möglichkeit eines Aufstiegs und der Kampf, das Ringen ist ihnen etwas Gewohntes.

Andererseits: die Gesellschaft hört gern auf neue, unmittelbare Laute. Gerade die Fremdheit des Milieus, aus dem das neue Talent stammt, reizt. Das Menschliche, das mitanklingt, bewegt zur Teilnahme.

Allerdings ist hier schon eine Gefahr. Sofern das Talent es nicht versteht, sich aus seinen Kreisen empor zu entwickeln, die Gemeinsamkeit des Universal-Geistigen, der schöpferischen Talente zu gewinnen, bleibt er in einer Art stecken, bei der nur das Inhaltliche Wert hat. So beschränkt sich sein Kreis bald; er wird wieder vergessen. Man kann sagen: je mehr er seine Vergangenheit überwindet, sich zu Höherem erzieht, um den Preis wird er Künstler. So daß eigentlich der Anfang nur der Nährboden war. Die Blüte muß in einer anderen Luft reifen; in Höhenluft, wo reinere Schönheit gedeiht. Sonst bleibt er Wurzelkraut, das am Boden hinkriecht.

Denn die Kunst will nicht nur Inhalt, sie will auch Form. Sie will nicht nur Auffrischung, sie will auch Tradition. Diese geben, im entgegengesetzten Extrem, die Talente, denen der Zufall meist die Existenz erleichterte, die fremde Kulturen aufnehmen, die im Schatten der Schönheit aufwachsen, die nur mit den höchsten, reifsten Leistungen verkehren und die wissen, wie schön es ist, die Techniken zu verfeinern und zu bereichern. Sie stürte der Drang von unten; sie wollen Tradition. Aber gerade die, die von unten kommen, müssen in diese Sphäre hineinwachsen, sich mit diesem Problem auseinandersetzen und erst dann, wenn sie Inhalt und Form vereinen, sind sie reif und vollkommen. Dann aber stehen sie über Kaste und Gesellschaft, über Beruf und Milieu — sie sind Menschen geworden, sie sind Mitglieder der Menschheit.

Ernst Schur

**Das neue Europa.** Unter allen politischen Ereignissen der Neuzeit ist das Aufkommen Österreichs das wichtigste und interessanteste. Es ist ja in seinem Ausgangspunkt unzweifelhaft nicht die Folge innerer Konsolidation, sondern die äußerer Umstände. Der russisch-japanische Krieg, der Rußland zurückwarf, hat Österreich hoch gebracht. Durch diesen Krieg hat Rußland keine Provinz verloren, wohl aber ein Hinterland, den Balkan. Mit dem Augenblick, da die Balkanvölker mitten in ihrer Krise erkannten, daß ihnen Rußland nur Hilfe durch Worte, nicht durch Taten bringen könne, war Rußlands Rolle auf dem Balkan ausgespielt. Von diesem Augenblick an widerstand nicht einmal Montenegro, das sich bis

dahin immer stolz als absolutistische Filiale des russischen Reiches gefühlt hatte, dem konstitutionellen Ansturm.

Es war aus historischen und geographischen Gründen kein Wunder, daß Österreich-Ungarn an Rußlands Stelle rückte. Ein größeres Wunder war es schon, wie gut es durch die Talente des zufällig amtierenden Ministers des Äußeren den neuen Platz auszufüllen verstand. Am merkwürdigsten aber ist, wie die Erfolge das österreichische Antlitz veränderten. Aus einem griesgrämigen älteren Herrn mit Bodagra und Hustenanfällen wurde ein mutiger Jüngling, der schnell die Welt aus den Angeln heben wollte. Und dieser Jüngling bildete sich sehr rasch ein, daß er immer ein Jüngling gewesen sei, daß seine Erfolge doch eigentlich nur von seiner Kraft herkämen. So glaubt Österreich-Ungarn heute, daß es seine äußeren Erfolge seiner inneren Konsolidation zu verdanken habe, und weil es das glaubt, beginnt es sich im Innern zu konsolidieren.

Beweis dafür ist allein schon der Titel einer Monatsrevue, die einige Zeit hindurch österreich-ungarische Interessen behandelt. Sie war freilich wohl allzu groß angelegt, ist sie doch eben jetzt bereits selig entschlafen.

Nun, jedenfalls hieß die Zeitschrift „Das neue Europa“. Das neue Europa, das ist der Erdteil, in dem Rußland aus der großen Politik ausgeschaltet ist und in dem auch England — wenigstens auf dem Balkan — immer mehr an Boden verliert. Das neue Europa ist die österreich-ungarische Morgenröte.

Manchmal freilich beginnt man in der Fülle dieses Kraftbewußtseins sich doch zu überlegen, wieso denn das alles historisch gekommen ist, wieso denn Rußland und England ihr rücksichtsloses Vorgehen eingebüßt haben. Man — d. h. der Herausgeber der verflorenen Zeitschrift — ist dabei zu einer ganz beachtenswerten Erklärung gelangt. Die veränderte Schätzung des menschlichen Lebens ist an allem schuld. Rußland stand bis jetzt für seine Ziele bis zum äußersten ein und sah dabei nicht im geringsten, welche Menschenopfer ihm diese Politik auferlegte. Es war eben ein halbasiatischer Staat, in dem das menschliche Leben nicht als ein so hohes Gut angesehen wurde wie im europäischen Westen. Die revolutionäre Bewegung und ihre demokratische Weltanschauung haben damit aufgeräumt: Rußland achtet heute auf seine Menschen und verliert dadurch seinen Glanz. Aus einem etwas anderen Grunde ergibt sich in England das gleiche Resultat. Die britische Armee hat bisher mit einem Söldnerheer gearbeitet und konnte deshalb frei und ungebunden vorgehen. Söldner sind nicht Staatsbürger, man bedenkt sich nicht, eine zusammengewürfelte Schar in den ärgsten Kugelregen zu schicken. Zudem England langsam aber sicher zur allgemeinen Wehrpflicht übergeht, sinkt es langsam aber sicher in einen Zustand ängstlichen Zauderns und Überlegens.

Sprechen nun — so wird man fragen müssen — diese durchaus haltbaren Hypothesen für den Pazifismus oder gegen ihn? Es ließe sich ja denken, daß man sie im pazifistischen Sinne deutete. Die Völker wollen eben, so wird man sagen können, keine rücksichtslosen Eroberungen mehr, sondern nur einen in friedlicher Form sich bewegenden internationalen Konkurrenzkampf. Kampf und Frieden — als ob sich das zusammenreimte! Wer den Konkurrenzkampf will und nicht seine letzte Konsequenz, den Kampf mit den Waffen, der denkt wie eine alter Jungfer, die sich Leidenschaften auf dem Theater vorspielen läßt, weil sie selbst keine erleben darf. Durch die Demokratisierung verlieren England und Rußland ihre Rücksichtslosigkeit — das wird wahr sein. Aber zugleich verlieren auch England und Rußland ihre Energie im wirtschaftlichen Vorgehen. Rußland steckt einen Pflock nach dem anderen im fernen Osten zurück, in England zeigt sich eine

von allen patriotischen Engländern mit größtem Mißtrauen beobachtete Sinneigung zum Renntertum.

Wir in Deutschland haben das Volkshcer, das ja ohne Zweifel eine demokratische Institution ist, aber wir haben auch Gegengewichte gegen die Demokratisierung. Die wollen wir uns nicht nehmen lassen, auf ihnen beruht unsere wirtschaftliche Kraft. Es ist ja dem Kaufmann und Industriellen nicht übel zu nehmen, wenn er sich vor dem Kriege fürchtet, weil der Krieg unermessliche wirtschaftliche Werte zerstört. Aber er möge doch bedenken, daß das Aufhören des kriegerischen Sinnes überhaupt erst gar keine wirtschaftlichen Werte schafft. Wollen wir uns vom Osten überrennen lassen, in dem ein dumpfer kriegerischer Wille lobert? Stellen wir ihm einen freien kriegerischen Willen gegenüber! Japan ist in der Wirtschaft groß, weil es im Kriege groß gewesen ist, und umgekehrt — eines bedingt das andere. Die Vereinigten Staaten haben ihre Frische und Kraft nur, weil in ihnen ein Reitergeist lebendig ist, der immer neu aus unendlichen Steppen und wilden Gebirgen herweht.

Wir verarmen, wenn wir dem Pazifismus verfallen — dem Pazifismus um jeden Preis. Für Österreich-Ungarn bedeutet die Episode mit Serbien sehr wenig, die Rüstung gegen Serbien unermesslich viel. Man schreckte damals vor dem Äußersten nicht mehr zurück, und weil das Volk heute noch dieses entschlossene Gefühl durchdringt, sieht man mit so gutem Mute in die Zukunft.

Dr. Adolf Grabowsky

**Politik und Wissenschaft\*).** Unter der Aufschrift „Politik und Wissenschaft“ findet sich in Nr. 4 der „Grenzboten“ S. 190 f. eine mir leider erst heute (15. Februar) zur Kenntnis gekommene Kritik meiner in der „Kölnischen Zeitung“ veröffentlichten Bemerkungen über das deutsche Weißbuch in Sachen der Mannesmann-Konzessionen.

Zunächst sei eines festgestellt, worin der Gegner und ich völlig einer Meinung sind: nämlich daß die deutschen wirtschaftlichen Interessen so gut als nur möglich geschützt werden müssen. Die Befürchtung nun, die unter der Regierung von Abdul Nis bestand, daß ein Berggesetz unter französischem Einfluß und nur zu gunsten französischer Interessen erlassen werden würde, das die deutschen Interessen schwer schädigen, ja völlig vernichten könnte, bestand unter Muley Hafid nicht mehr und das von diesem Sultan erlassene Berggesetz vom 7. Oktober 1908 entspricht, darüber waltet ja kein Zweifel ob, nicht nur den berechtigten deutschen Forderungen, sondern auf seiner Grundlage haben Deutsche, eben die Gebrüder Mannesmann, sich durch Klugheit und Energie eine bevorzugte Stellung zu erringen vermocht. Man fragt nun unter diesen Verhältnissen wirklich vergeblich nach dem Grund, aus welchem das deutsche Auswärtige Amt so energisch den Gebrüder Mannesmann entgegentritt, die doch in bergbaulicher Hinsicht recht eigentlich das deutsche Interesse in Marokko darstellen.

Also der Grund, warum der deutsche Vertreter in Marokko eine Solidarität der Algeciras-Mächte hinsichtlich der Anwendung von Artikel 112 der Algeciras-Akte zu gewinnen bemüht war, nämlich die Besorgnis vor französischen Über-

\*) Herr Geheimrat Professor Dr. Philipp Zorn (Bonn) sendet uns eine Entgegnung zu unsern Ausführungen in Nr. 4. Wir drucken die Entgegnung mit Rücksicht auf die Bedeutung des Gelehrten ab, wenn seine Ausführungen uns auch nicht überzeugen können. Nach wie vor stehen einander der schnell entschlossene Diplomat, der mit den praktischen Anforderungen des Lebens gerechnet hat, und der Rechtslehrer gegenüber.

D. Schrifiltg.

griffen, war jedenfalls unter Muley Hafid nicht mehr in dem Maße vorhanden wie vorher, und damit für Deutschland auch jeder Grund dahingefallen, den Sultan in Ausführung des Artikels 112 einzuschränken.

Inzwischen war nun aber allerdings jener Beschluß der Vertreter der Mächte vom 20. August 1908 gefaßt worden, der vor der Promulgation die Vorlegung des Berggesetzes an die Vertreter der Mächte forderte. Auf die juristische Bedeutung dieses Beschlusses kommt alles an.

Wenn gesagt wurde: der Beschluß enthalte nur eine „Deklaration“ über den Sinn des Artikels 112, und die Mächte, die den Artikel 112 beschlossen, seien doch zweifellos auch berechtigt, seinen Sinn zu deklarieren, so macht man sich doch die Sache gar zu leicht. Der Beschluß vom 20. August enthält keine Deklaration, sondern eine Abänderung, ja geradezu eine Aufhebung des Artikels 112. Dieser Artikel 112 war von der eigens zu dem Zwecke der Beendigung der den Weltfrieden bedrohenden marokkanischen Wirren aus hervorragenden Staatsmännern berufenen großen Welt-Konferenz in Algeciras festgestellt worden; die Gesandten-Konferenz in Tanger aber war nicht in dem Sinne wie die Konferenz von Algeciras eine Vertretung der Mächte und war demgemäß rechtlich nicht legitimiert, einen Artikel der Algeciras-Akte aufzuheben. Das konnte rechtlich nur eine neue Konferenz der Mächte nach Art der Algeciras-Konferenz. Dazu kommt noch: daß aus dem deutschen Weißbuch nicht mit Sicherheit hervorgeht, ob Abdul Afis, der damals noch als Sultan von Marokko angesehen werden muß, den Beschluß angenommen hat; das Weißbuch S. 8 sagt nur: die scherrifische Regierung habe „Kenntnis genommen“, das ist aber ganz unzureichend. Dem Nachfolger, Muley Hafid, ist dieser Beschluß wahrscheinlich überhaupt nie zur Kenntnis gekommen (Weißbuch S. 9: „er hat ihn wahrscheinlich gar nicht gekannt“).

Der Beschluß vom 20. August war somit für Deutschland politisch gegenstandslos, seit Muley Hafid Sultan war, der nicht der willenlose Sklave Frankreichs war. Rechtlich aber war dieser Beschluß von Anbeginn mit so gewichtigen Mängeln behaftet, daß man wirklich nicht versteht, wie Deutschland jetzt in diesem Beschluß das entscheidende Moment sehen kann, und zwar in schneidendem Gegensatz zu deutschen Interessen.

Was die Mitwirkung deutscher amtlicher Organe an dem Zustandekommen des Berggesetzes vom 7. Oktober 1908 betrifft, so geht sie doch aus dem Weißbuch S. 7 12/13 klar hervor. Die deutschen amtlichen Organe in Marokko haben dann weiterhin im Januar 1909 die Rechte der Gebrüder Mannesmann vor dem Sultan vertreten. Wenn diese Vertretung durch allerlei Redewendungen der amtlichen Aktenstücke als rechtlich bedeutungslos hingestellt werden will, so habe ich abgelehnt, darauf einzugehen, weil ich dem Auswärtigen Amt gegenüber die Ausdrücke vermeiden möchte, die zur Charakterisierung dieses Verhaltens gebraucht werden müßten. Hier handelt es sich nicht um „Wissenschaft“ oder um „den Zweck, unter allen Umständen recht zu behalten“, sondern lediglich um die Zurückweisung des Grundsatzes „si fecisti, nega“ aus der deutschen Politik. Wenn die amtlichen Organe vom Sultan eine Bestätigung forderten, um zu verhindern, „daß er von seiner Zusage etwas abstreitet“, so können die schönsten Redewendungen diesem amtlichen deutschen Vorgehen keinen andern Sinn geben als den: unter Mitwirkung deutscher amtlicher Organe hat der Sultan die verliehenen Rechte neuerdings bestätigt.

Ausdrücklich möchte ich hier noch hinweisen auf die beiden Artikel von Gatscheff in der „National-Zeitung“ Nr. 58 und 60, die genau zu dem gleichen Ergebnis bezüglich des Diplomaten-Beschlusses vom 20. August und seines Verhältnisses zur Algeciras-Akte kommen wie meine Erörterungen.

Philipp Jörn

**Alexander von Gleichen-Rußwurm, Geselligkeit, Sitten und Gebräuche der europäischen Welt 1789 bis 1900.** 473 S. Stuttgart 1910. Verlag Julius Hoffmann. (Brochiert 8,50 M., Leinenband 10 M.)

Alexander von Gleichen-Rußwurm, der Urenkel Schillers, unternimmt es in diesem Werke, ein bisher ziemlich stark vernachlässigtes Gebiet der Kulturgeschichte zu behandeln: die Entwicklung der gesellschaftlichen Sitten und Gebräuche von der französischen Revolution an bis auf unsere Tage. Ein derartiges Buch ist von um so größerem Interesse in einer Zeit, in der ein Suchen und Tasten nach neuen Formen des gesellschaftlichen Verkehrs deutlich in die Erscheinung tritt und sich vor allem bei der intellektuellen Jugend ein Sehnen nach dem Zauber geistvoller Geselligkeit und herzerquickender Plauderei fühlbar macht. Gleichen-Rußwurm, bekannt als feiner philosophischer Kopf, erscheint auch seiner Persönlichkeit nach vor anderen geeignet für derartige Studien zu einer Geschichte der Welt — nämlich des Geistes vornehmer Geselligkeit — und ihrer Wechselwirkung mit den übrigen Erscheinungen des Lebens. Das Buch ist von der ersten bis zur letzten Seite äußerst anziehend und unterhaltsam. Der Verfasser reicht nicht die geschichtlichen Tatsachen vertrocknet und aufgeklebt wie Herbariumspflanzen nebeneinander, sondern gibt Beispiele, die sich tatsächlich im Leben abgespielt haben, zeichnet Augenblicksbilder und läßt die Personen, von denen er spricht, lebendig vor uns auferstehen. In 24 Kapiteln führt er uns durch die Salons Frankreichs und Deutschlands, Italiens und Englands und bringt uns den Wechsel der Geselligkeitsformen deutlich zum Bewußtsein. Er zeigt uns, wie sich zunächst in der Zeit von 1789 bis zum Wiener Kongreß die Geselligkeit des achtzehnten Jahrhunderts allmählich im Zeichen der Politik wandelt, wie dann vom Wiener Kongreß bis zur Revolution von 1848 das Nationalgefühl allerorten auch in den Salons mächtig erstarkt und die Weltanschauung der Romantik mehr und mehr zur Herrschaft gelangt, wie von 1848 bis zum Berliner Kongreß Altruismus und Enohismus vorherrschen und schließlich in den letzten Jahrzehnten soziale Sehnsucht die Brücke zwischen Höhe und Tiefe zu schlagen sucht. Von der unterhaltenden Vielseitigkeit, dem lebenswürdigen Geiste und der schönen Sprache des vortrefflichen Buches kann hier kaum ein Begriff gegeben werden. Wir unsererseits wünschen, daß der Verfasser seine Studien auch auf frühere Jahrhunderte ausdehnen und diesem „letzten“ Bande seiner Geschichte der Geselligkeit bald die ersten folgen lassen möchte.

Georg Jahn (Leipzig)



## Der Außenarchitekt



ußenarchitekt — was ist das?"

Nun, es gibt Innenarchitekten. Also muß es doch wohl auch Außenarchitekten geben. Wie der Innenarchitekt die Einrichtung des Hauses besorgt, besorgt der Außenarchitekt den Bau des Hauses. Der eine macht das Ding von außen, der andere dasselbe Ding von innen.

„So lakonisch, wie du das da sagst, klingt es nicht ganz so töricht. Aber worauf willst du hinaus? Willst du erklären oder spötteln?“